

NEWSLETTER

September/Oktober 2016



Nebahat Güçlü

Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft



WAS in Bürgerschaft und Ausschüssen WICHTIG WAR

- **Salafismus präventiv bekämpfen –blinder Interventionismus ist keine Lösung**

Im Ausschuss für Arbeit, Soziales und Integration vom 15. September ging es um die Ausgestaltung der Präventionsarbeit gegen gewaltbereiten Salafismus. In zwei Anträgen befassten sich die FDP (Drs. 21/4059) und die CDU (Drs. 21/4247) gesondert mit dem Senatskonzept. Dabei sind die Forderungen der FDP sozialen Netzwerken mehr Beachtung zu schenken und Rückkehrer in die Präventionsarbeit einzubeziehen sinnvoll und im überarbeiteten Senatskonzept auch vorgesehen. Der Antrag der CDU hingegen zeugt von einer zutiefst diskriminierenden und stigmatisierenden Grundhaltung gegenüber ausländischen Mitbürgern. So fordert sie die Etablierung eines „dialogbereiten, aufgeklärten deutschen Islams“ durch Einsatz in Deutschland sozialisierter und ausgebildeter Imame – als ob das Kriterium „deutsch“ ein Garant dafür sei, weniger anfällig für salafistische Bestrebungen zu sein. Zuspruch gab es natürlich von der AfD. Die anderen Parteien wiesen zu Recht darauf hin, dass der Antrag abzulehnen ist, weil er nicht verfassungskonform sei.

- **Für einen effektiveren Schutz von Kindern – Enquete Kommission eingerichtet**

In der Bürgerschaft am 28. September ist die erneute Einrichtung einer Enquete Kommission zur Stärkung des Kindeswohls (Drs. 21/5948) beschlossen worden, denn leider kommen in Hamburg noch immer Kinder in staatlicher Obhut gewaltsam zu Tode. Die Kommission, bestehend aus neun Sachverständigen und neun Abgeordneten, soll in den nächsten zwei Jahren Vorschläge zur systematischen Verbesserung der Hamburger Jugendhilfe ausarbeiten. Ziel ist es, eine bessere Verzahnung von Akteuren zu gewährleisten und Beteiligungsrechte

für Kinder und Jugendliche auszuloten. Der Schutz von Kindern ist oberste Maßgabe für mich. Ich begrüße daher den Antrag der SPD, Grünen, Linken und FDP außerordentlich. Die Einrichtung der Enquete Kommission ist eine gute Sache, denn jede Anstrengung die unternommen wird, um unsere Kinder besser zu schützen, ist ihre Mühe wert.

- **Terrorismus in Schulen - Veto gegen Islamfeindlichkeit**

In der gleichen Sitzung der Bürgerschaft am 28. September stellte die AfD den Antrag einen Schülerwettbewerb zum Terroranschlag vom 11. September 2001 auszurichten (Drs. 21/5945). Hierbei geht es weniger darum, Kinder und Jugendliche im Umgang mit menschenverachtenden Ideologien zu sensibilisieren, als vielmehr darum ein ganz spezifisches Bild vom Terroristen zu propagieren. Offenbar gab der „vorbildhafte“ Umgang der Hamburger Behörden mit den Verbrechen des NSU der AfD Grund zur Sorge, dass das dominante Bild vom Terroristen als dunkelhäutigen Turban tragenden Islamisten, dem des weißen, deutschen Rechtsextremisten weichen könnte. Die AfD fordert in dem Antrag eine explizite Auseinandersetzung mit dem „islamistischen Terrorismus“ ein. Der Antrag ist ganz klar als Versuch zu werten, Terrorismus primär und vordergründig mit dem Islam zu verbinden und die eigene „Islamfeindlichkeit“ in den Köpfen zukünftiger Generationen zu verankern. Glücklicherweise fand er keinerlei Unterstützung. Auch ich lehne den Antrag ab, denn Terror kennt weder Religion, noch religiöse Grenzen, noch ist er einer Religion zuzuschreiben.

- **Hamburg für gute Integration**

In der Sondersitzung am 07. Oktober befasste sich der Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration mit dem Konsens zur Volksinitiative „Hamburg für gute Integration“. Die Initiatoren der Volksinitiative hatten am 2. März dieses Jahres beim Hamburger Senat Unterschriftenlisten mit insgesamt 26.051 Unterschriften zur Unterstützung der Volksinitiative eingereicht. Der Senat stellte daraufhin am 20. März das Zustandekommen der Volksinitiative fest (Drs. 21/3800). Die Initiative fordert im Rahmen der Unterbringung von Flüchtlingen in Hamburg eine nachhaltige Integration an erste Stelle zu stellen. Die Voraussetzungen dafür sollen bereits bei der Planung, Errichtung und Belegung von Erstaufnahme-, Folgeunterbringungseinrichtungen und Wohnbauvorhaben geschaffen werden. Ziel ist eine gerechtere Verteilung der Flüchtlingsunterkünfte unter Berücksichtigung der örtlichen Gegebenheiten, insbesondere die Sozialstruktur und des Natur- und Landschaftsschutzes.

Nach intensiven Verhandlungen zwischen den Initiativen und den beiden Regierungsfractionen wurde sich auf einen Konsens verständigt und damit konnte ein Volksentscheid abgewendet werden. Die Bürgerschaft hat diesem Konsens in seiner Sitzung am 13. Juli auf Antrag der SPD und Grünen beschlossen (Drs. 21/5231).

Entgegen meiner anfänglichen Skepsis gegenüber der Initiative und ihren Forderungen, kann ich die im Nachhinein erzielten Ergebnisse nur begrüßen. Schien sie anfänglich eher einer großen Abwehr von Flüchtlingen in den Quartieren und Stadtteilen zu dienen, entwickelte sie sich im Verlauf der Verhandlungen zu einem vielversprechenden Ansatz. Der erzielte Konsens ist sowohl im Sinne der Flüchtlinge, die kommen, als auch der aufnehmenden Bevölkerung. Er trägt dazu bei, dass die Aufnahme von Flüchtlingen sozialverträglich gestaltet wird und dient dem Wohle unserer Gemeinschaft.

- **Stärkung der Hamburgischen Bürgerschaft & des parlamentarischen Zweiklassensystems**

In der Bürgerschaftssitzung am 13. Oktober hat sich das Parlament in zwei Anträgen mit sich selbst befasst. Unter dem Titel „Stärkung der Hamburgischen Bürgerschaft“ wurde sowohl die Reform des parlamentarischen Betriebes (Drs. 21/6324) besprochen, als auch ein Antrag von SPD, Grünen, CDU und Linken angenommen, der eine Änderung des Fraktionsgesetzes vorsieht (Drs. 21/6170). Nach der Neufassung haben ab 2017 alle Fraktionen Anspruch auf 2.500 Euro zusätzlich im Monat und weitere 50.000 Euro jährlich, sollten sie auf ein Dienstfahrzeug mit Fahrer für ihren Vorsitzenden verzichten. Begründet wird die Eigenbezuschussung mit einem gestiegenen außerparlamentarischen Mehraufwand. Die eigentliche Parlamentsreform zielt vor allem auf eine stärkere öffentliche Wahrnehmung der Tätigkeit der Hamburgischen Bürgerschaft ab. Ab 2017 tagt die Bürgerschaft regelmäßig im 14 Tage Rhythmus. Die Sitzungen beginnen eher. Redezeiten können flexibler gestaltet werden. Es wird Kurzdebatten und eine Senatsfragestunde geben.

Natürlich begrüße ich alle Anstrengungen, durch welche der Ablauf der Bürgerschaft lebendiger, spontaner und leichter nachvollziehbar für Bürgerinnen und Bürger, sowie Pressevertreter wird. Dennoch ist es bedauerlich, dass bei den Reformen fraktionslose Abgeordnete grundsätzlich nicht bedacht worden sind. Dass bei der Senatsbefragung nur die Fraktionen Fragen anmelden dürfen, nicht aber einzelne Abgeordnete ist bezeichnend für das bestehende Zweiklassensystem. Als Fraktionslose werden wir stiefkindlich behandelt und in unseren parlamentarischen Rechten beschnitten, dabei sind auch wir vom Volk gewählte Repräsentantinnen und Repräsentanten.